



Hans-Peter Mayer MdEP



## Straßburg Aktuell

Nr. 63 - Plenarwoche 24. - 28. September 2007

Informationen Ihres Europaabgeordneten  
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



### I. Allgemeine Informationen

#### 1. Niedersachsen und Bremen erhalten 1,46 Milliarden € für den ländlichen Raum

Die Pläne für die Entwicklung des ländlichen Raums in drei Bundesländern zwischen 2007 und 2013 wurden von der EU-Kommission letzte Woche genehmigt. Vertreter der 27 Mitgliedstaaten haben den Programmen von Hamburg, Niedersachsen - Bremen und dem Saarland zugestimmt.

Die Programme sollen die Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft steigern, Landmanagement und Umweltbedingungen verbessern sowie zu mehr Lebensqualität und einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum beitragen. Dafür stehen der Mitteilung zufolge bis 2013 in Hamburg 49,3 Mio. EUR, in Niedersachsen und Bremen 1,460 Mio. EUR und im Saarland 56,5 Mio. EUR zur Verfügung, wovon jeweils zwischen 50% und 60% aus dem EU-Haushalt stammen. In den drei Bundesländern hat der ländliche Raum in Niedersachsen die größte Bedeutung. Dort leben 60% der Bevölkerung auf dem Land und die Einwohnerdichte liegt mit 168 Menschen pro Quadratkilometer unter dem Bundesdurchschnitt. 59.000 Agrarbetriebe bewirtschaften dort 2,6 Mio. ha Fläche. Niedersachsen will den Hauptteil der genehmigten Mittel für die Modernisierung der Landwirtschaft ausgeben.

#### 2. Umfrage der Kommission zum Bürokratieabbau

In dem Bemühen Bürokratie abzubauen, hat die Europäische Kommission jetzt die Unternehmen aufgefordert, selbst entsprechende Vorschläge zu machen. Seit Freitag gibt es eine eigens zu diesem Zweck eingerichtete Internetseite. Parallel dazu wurde ein Konsortium beauftragt, Kosten und Arbeitsaufwand zu ermitteln, die den europäischen Unternehmen aufgrund von EU-Vorschriften entstehen. Bis Ende dieses Jahres soll zunächst ermittelt werden, ob die EU Staaten höhere Bürokratieranforderungen an die Unternehmen stellen als in der EU-Gesetzgebung vorgesehen.

Ziel der EU ist es, die aus der gemeinsamen Gesetzgebung entstehenden Verwaltungskosten bis 2012 um ein Viertel zu senken. Die Teilnahme an der Online-Befragung ist möglich unter: [http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/index_de.htm).

### II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

#### 1. Annahme von 6 von mir betreuten Berichten

Das EP hat sechs Gesetzesvorschläge im Kodifizierungsverfahren verabschiedet, die von mir als Berichterstatter betreut wurden. Bei der Kodifizierung handelt es sich um ein Verfahren zur Vereinfachung bestehender europäischer Rechtsakte. Wurde eine EU-Verordnung oder Richtlinie neun Mal durch andere Rechtsakte geändert, so muss sie spätestens bei der zehnten Änderung kodifiziert werden, das heißt Ursprungstext und Änderungen werden zu einem einzigen Rechtsakt gebündelt. Aus Gründen der Klarheit und Nachvollziehbarkeit wird dieses Verfahren aber oft bereits nach der fünften Änderung angewandt. Für den Anwender, egal ob Bürger, Unternehmen oder

Verwaltung, bedeutet dies eine erhebliche Vereinfachung, da nur noch der eine kodifizierte Rechtsakt anstatt bis zu zehn Rechtsakte konsultiert werden muss. Die abgestimmten Kodifizierungen betreffen Rechtsakte zur Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs und verschiedene Bestimmungen zu Sicherheitseinrichtungen an Kraftfahrzeugen.

## **2. Mehr Wettbewerb im Eisenbahnverkehr, mehr Fahrgastrechte**

Der Weg für die Liberalisierung des Eisenbahnmarktes beim grenzüberschreitenden Personenverkehr ab 2010 ist frei. Das EP stimmte der nach langer Diskussion mit dem Ministerrat gefundenen Einigung über das so genannte „dritte Eisenbahnpaket“ zu. Bevor das Gesetzeswerk in Kraft treten kann, müssen die Mitgliedstaaten formal zustimmen.

Es sieht u.a. die Marktöffnung für grenzüberschreitende Personenverkehrsdienste zum 1. Januar 2010, eine deutliche Stärkung der Fahrgastrechte sowie einen EU-weit gültigen Lokführerschein vor. Damit soll der Wechsel des Lokführers an der Grenze überflüssig werden. Neue Vorgaben für den Güterverkehr sind ebenfalls enthalten. Zudem wird geregelt, dass Bahnkunden in der EU künftig einen Anspruch auf Entschädigung haben, wenn ein Fernzug mehr als eine Stunde Verspätung hat. Die Verordnung regelt des weiteren die Haftung für die Fahrgäste und deren Gepäck, den Transport von behinderten Personen sowie die bereitzustellenden Informationen.

## **3. Erneuerbare Energiequellen in Europa**

Das EP fordert verbindliche Ziele für erneuerbare Energiequellen. Nötig seien diese u.a. für die Sektoren Stromerzeugung, Verkehr sowie Heizung und Kühlung. Um den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf höchstens 2°C zu begrenzen, müssten erneuerbare Energiequellen, Energieeffizienz und Energieforschung nachdrücklich gefördert werden. Im Dezember 2006 hat das EP ehrgeizige Ziele im Hinblick auf einen Anteil von 25 % für erneuerbare Energiequellen im Primärenergiebereich bis 2020 gefordert und einen Fahrplan für das Erreichen eines Anteils der erneuerbaren Energiequellen von 50% bis 2040 vorgeschlagen. In dem nun angenommenen Bericht fordert das EP, den Anteil erneuerbarer Energiequellen vom gegenwärtigen Niveau bis 2020 zu verdoppeln.

## **4. EP regt EU-Gütesiegel für Produktsicherheit an**

Angesichts der Rückholaktionen von giftigem Spielzeug aus chinesischer Produktion hat das EP angeregt, die Einführung eines EU-Gütesiegels zu erwägen. Die Abgeordneten forderten die Europäische Kommission auf zu prüfen, ob ein derartiges Gütezeichen ergänzend zu den einzelstaatlichen Siegeln und dem CE-Zeichen einen Mehrwert darstellen würde. Es wird zudem eine Überarbeitung der EU-Spielzeug- Richtlinie gefordert, die auch ein bedingungsloses Verbot für krebserregende und erbgutverändernde Stoffe beinhalten müsse. Die Abgeordneten verlangen zudem eine bessere Überwachung der Einfuhren, um nachgeahmte Produkte aufzuspüren, die dann vernichtet werden sollten.

## **III. Weitere Themen waren**

- Finalisten des diesjährigen Sacharow-Preises für Meinungsfreiheit und Menschenrechte benannt
- Einführung einer EU-Arbeitserlaubnis („Blue Card“)
- Benennung eines Hohen Beauftragten für Energieaußenpolitik
- Europäisches Technologieinstitut
- Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum EP

---

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>

---